

Samstag, 12. Oktober 2019, Münchner Merkur - Nord /  
Lokalteil

# Bürger fordern Durchfahrtsverbot für Lkw

**BÜRGERVERSAMMLUNG - Grasbrunner fühlen sich von  
Bürgermeister und Landrat im Stich gelassen**

VON BERT BROSCHE



Grasbrunn – Viele konnten es sich nicht erklären, warum die Bürgerversammlung in diesem Jahr mit fast 200 Bürgern so brechend voll war. Als es nach dem Bericht von Bürgermeister Klaus Korneder (SPD) an die Bürgeranfragen ging, war der Grund schnell klar: Anwohner aus der Zornedinger- und Ekkehartstraße hatten sich organisiert und warfen dem Bürgermeister vor, dass er sie im Stich lässt. „Wir fordern endlich ein Durchfahrtsverbot für Lkw, das muss auch kontrolliert werden“, sagte Franziska Wiesheu.

In Richtung Landrat Christoph Göbel (CSU) kamen zunächst Vorwürfe, wann der Landkreis endlich den südlichen Autobahn-Ringschluss der A99 vorbei an Grünwald und

Germering bis Gauting angehe. „Das würde uns hier nämlich enorm entlasten“, sagte Hartlef Pohl. Er lehnte zudem die geplante neue B471 ab, die bringe nur neuen Verkehr nach Grasbrunn. „Wir brauchen diese Straße nicht, die soll nach Haar, da ist genügend Platz“, sagte Pohl.

Sebastian Brunner warf Göbel vor, dass es im Landkreis kein intelligentes Verkehrskonzept gebe, „die einen Busse fahren leer durch die Gegend, die anderen sind total überfüllt. Es gibt keinen „best price“-Tarif wie in anderen Städten und auch keine Verzahnung der e-Mobilitäts-Formen“, ärgerte sich Brunner. Göbel entgegnete, dass über den Ringschluss der Bund entscheidet. „Jede Lösung ist extrem teuer. Diese Straße kommt nie“, sagte Göbel. Bei der neuen B471 gebe sein Amt im Frühjahr 2020 eine umfangreiche Studie über mögliche Trassen, Kosten, Entlastungen oder Belastungen einzelner Gemeinden in Auftrag. „Fast alle Gemeinden wollen die neue Straße, doch sind die Interessenlage und Trassenwünsche sehr unterschiedlich.“

Dann schossen sich die Bürger verbal auf Bürgermeister Korneder ein: Franziska Wiesheu wohnt in der Grasbrunner Ekkehartstraße, sie hatte gut 50 Nachbarn mit in die Versammlung gebracht. „Wir haben uns mehrfach über den unerträglichen Lkw-Verkehr in unserer kleinen Straße beschwert, dem Bürgermeister über 100 Unterschriften mit der Bitte um ein Durchfahrverbot für den Schwerlastverkehr übergeben“, sagte Wiesheu. Passiert sei absolut nichts, obwohl Korneder mit Lärmschutz Wahlkampf gemacht habe. Jeden Werktag ab 3.30 Uhr rasen laut Wiesheu die Lkw durch die Straße, umfahren eine Verkehrsinsel bewusst auf der falschen Straßenseite. „Da wir im Ort kein produzierendes Gewerbe haben, fragen wir die Fahrer immer wieder, warum sie bei uns durchbrettern. Das sei eben kürzer, bekommen wir zur Antwort“, schimpfte Wiesheu. Regelmäßig werde sie sogar auf dem Gehweg mit ihrer Tochter auf dem Weg zum Kindergarten von den Trucks angehupt. „Unsere Geduld ist am Ende, wir können kein Fenster offen lassen, nicht im Garten sitzen. Wir beantragen, dass sich die

Gemeindeverwaltung mit unserem Anliegen binnen drei Monaten befasst“, forderte Wiesheu.

Fast gleichlautend sind die Forderungen der Anwohner aus der Zornedinger Straße in Harthausen, die Thomas Ostner vortrug. „Seit einigen Jahren besteht ein Lkw-Durchfahrtsverbot für die Straße, dieses wird jedoch ständig missachtet. Wir fordern daher regelmäßige Kontrollen und ein dauerhaftes Durchfahrtsverbot für Lkw über 7,5 Tonnen“, sagte Ostner. Bürgermeister Korneder stellte klar, dass er voll auf Seiten der Bürger stehe. „Doch wenn wir eine Straße für Lkw sperren, müssen wir dem Landratsamt eine Ersatzstraße anbieten – wir würden den Verkehr also nur im Ort verschieben. Wollen wir das?“

Eine komplette Umfahrung der Gemeinde auf der Staatsstraße 2079/Glonner Straße sei auch nicht möglich, da diese Straße in Putzbrunn und weiter in Haar ende. Beide Kommunen hätten klar abgewunken, weil das bei ihnen deutlich mehr Verkehr erzeuge. „Blitzen dürfen wir auch nicht, nur die Polizei“, sagte Korneder. „Wenn mir einer eine Lösung nennt, nehmen wir die sehr gerne auf. Wir haben wirklich schon alles versucht.“ Zumindest den vielfachen Wunsch nach fest installierten Blitzern wolle er prüfen lassen. Auch Polizei-Hauptkommissar Stephan Jochim von der Haarer Polizeiinspektion versprach, sich künftig um beide Straßen zu kümmern. „Aber wir haben nur ein Blitzerfahrzeug für fünf Kommunen, das kann also dauern, bis das soweit ist.“